

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Inneres und Heimat (4. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Stephan Brandner, Marc Bernhard, Peter Boehringer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/17784 –**

Bewerber für politische Ämter schützen – Bundeswahlordnung anpassen

A. Problem

Die Fraktion der AfD kritisiert die sich aus der Bundeswahlordnung ergebende Pflicht zur Veröffentlichung des Hauptwohnsitzes im Rahmen der Bekanntmachung von Kreiswahlvorschlägen sowie von Landeslisten. Sie befürchtet hierdurch eine abschreckende Wirkung gegenüber Bewerbern sowie potentielle Gefahren gegenüber Familienangehörigen.

Sie fordert die Bundesregierung daher zur Änderung der Bundeswahlordnung dahingehend auf, dass die Angabe einer allgemeinen Erreichbarkeitsanschrift statt der Anschrift des Hauptwohnsitzes genügen solle.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/17784 abzulehnen.

Berlin, den 16. September 2020

Der Ausschuss für Inneres und Heimat

Andrea Lindholz
Vorsitzende

Petra Nicolaisen
Berichterstatterin

Mahmut Özdemir (Duisburg)
Berichterstatter

Jochen Haug
Berichterstatter

Konstantin Kuhle
Berichterstatter

Friedrich Straetmanns
Berichterstatter

Britta Haßelmann
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Petra Nicolaisen, Mahmut Özdemir (Duisburg), Jochen Haug, Konstantin Kuhle, Friedrich Straetmanns und Britta Haßelmann**I. Überweisung**

Der Antrag auf **Drucksache 19/17784** wurde in der 152. Sitzung des Deutschen Bundestages am 12. März 2020 an den Ausschuss für Inneres und Heimat federführend sowie an den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat in seiner 104. Sitzung am 16. September 2020 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/17784 empfohlen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat den Antrag auf Drucksache 19/17784 in seiner 99. Sitzung am 16. September 2020 abschließend beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Berlin, den 16. September 2020

Petra Nicolaisen
Berichterstatlerin

Mahmut Özdemir (Duisburg)
Berichterstatter

Jochen Haug
Berichterstatter

Konstantin Kuhle
Berichterstatter

Friedrich Straetmanns
Berichterstatter

Britta Haßelmann
Berichterstatlerin

